



Wahlkämpfer
Berlusconi:
wortgewaltig!

Das italienische Rätsel – Politik auf dem Stiefel

Analysen zur Parlamentswahl 2008

Von Alexander Grasse

Italien hat gewählt – wieder einmal. Doch selten hat das Ende einer italienischen Regierung so viel Verwunderung und in Teilen der internationalen Öffentlichkeit auch Bestürzung hervorgerufen, wie das der Regierung Prodi im Januar 2008. Mehr noch: Nie zuvor hat die Wiederwahl eines italienischen Ministerpräsidenten außerhalb Italiens für so viel Erstaunen und Ungläubigkeit gesorgt, wie der Triumph Silvio Berlusconis bei den Parlamentswahlen am 13. und 14. April 2008. Vor den Wahlen gingen zwei Gespenster um: das des Rückfalls in chronische Instabilität und das der Gefährdung der Demokratie. Das erste Gespenst scheint angesichts des klaren Sieges der Mitte-rechts-Allianz und der einschneidenden Veränderungen im Parteiensystem gebannt, denn nicht nur die Mehrheitsverhältnisse sind so klar wie selten zuvor, sondern auch das Feld der Parteien ist dramatisch geschrumpft. Der Wandel ist so grundlegend, dass diese Wahlen historische Bedeutung haben könnten. Das zweite Gespenst scheint wiederum lebendiger denn je zu sein. Während rund 47% der Italiener/innen inmitten einer schwierigen politischen, ökonomischen und sozialen Situation unbeirrt auf die Regierungskünste Berlusconis setzen, wird außerhalb Italiens Berlusconis dritter Regentschaft mit großer Skepsis begegnet. Das politische Italien ist für Viele hierzulande nur schwer zu durchschauen: Politik und Gesellschaft auf dem Stiefel geben immer wieder Rätsel auf.

Rückblende 1: Erste und Zweite Republik

Italien erlebte in den Jahren 1992 bis 1994 einen für politische Systeme westlicher Prägung einzigartigen Strukturbruch. Nahezu die gesamte politische Klasse versank im Schmiergeldskandal *Tangentopoli*. Die Christdemokratische Partei (*Democrazia Cristiana*), die das Land 40 Jahre lang in wechselnden Koalitionen geführt hatte, verschwand von der Bildfläche, ebenso die traditionsreiche sozialistische Partei PSI. Sie hatte zuletzt mit Bettino Craxi jahrelang den Ministerpräsidenten gestellt.

Das Ende der 1948 gegründeten „Ersten Republik“ lässt sich aber noch auf weitere Faktoren zurückführen. So setzte etwa der Maastrichter Vertrag zur Gründung der EU im Jahr 1992, der das Ziel einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ausgab, Italien unter Druck, seine Verschuldungspolitik zu beenden. Genau diese aber war Teil des Systems der Ersten Republik, in dem vielfältige gesellschaftliche Konflikte finanziell zugeeckt, aber nicht gelöst wurden. Schlimmer noch: Die flächendeckende Korruption bei der öffentlichen Auftragsvergabe war mit ursächlich für die Anhäufung der Staatsschulden, da die Bestechungsgelder „eingepreist“ wurden: Öffentliche Arbeiten waren in Italien so teuer wie nirgendwo sonst in Europa.

Die politischen Subkulturen des Landes, die christdemokratische einerseits, die kommunistische andererseits und die laizistische zum dritten, sie hatten bereits in den 1980er Jahren zu erodieren begonnen und waren in Auflösung begriffen. Säkularisierung und der Fall des Eisernen Vorhangs schufen die Voraussetzungen für ein Ende der so genannten „blockierten Demokratie“, in der es aufgrund der starken kommunistischen Partei (über 30% Wählerschaft), die jedoch von den übrigen Parteien als Koalitionspartner ausgeschlossen blieb, über 40 Jahre lang keine Alternanz der Regierung zwischen

Links und Rechts gab. Die bereits seit den 70er Jahren nicht mehr orthodoxen Kommunisten transformierten sich nach 1989 zu einer sozialdemokratischen Partei, die *Lega Nord* trat als neue politische Kraft auf den Plan und drohte mit der Abspaltung des nördlichen Landesteils.

Zur selben Zeit sorgte eine Volksabstimmung für die Abschaffung des Verhältniswahlrechts, das für die Vielzahl an Parteien im italienischen Parlament verantwortlich gemacht worden war.

Inmitten dieser Krise vermochte es der Großunternehmer Silvio Berlusconi, mit seiner neu gegründeten Partei *Forza Italia* das entstandene politische Vakuum im Mitte-rechts-Spektrum innerhalb weniger Wochen zu füllen. Gemeinsam mit der rechtskonservativen Nationalen Allianz und der *Lega Nord* wurde er 1994 zum ersten Mal Ministerpräsident. Auf der anderen Seite etablierte sich ein Mitte-links-Bündnis, das 1996 mit Romano Prodi erstmals den Ministerpräsidenten stellen konnte. Es bildete sich ein bipolares politisches System heraus, in dem sich die beiden großen Lager in der Regierung abwechselten. Damit war ein wesentlicher Schritt in Richtung demokratische Normalisierung getan. Man spricht aufgrund dessen von der „Zweiten Republik“. Die Jahre 1996-2001 erlebten vier Mitte-links-Regierungen, 2001-2006 stand Berlusconi zwei Mitte-rechts-Regierungen vor, 2006-2008 regierte abermals Prodi.

Auch die Zweite Republik zeichnet sich jedoch nur bedingt durch größere Regierungstabilität aus. Die Parteienzersplitterung dauerte trotz des eingeführten Mehrheitswahlrechtes an, weil die Parteien dieses geschickt auszuhebeln vermochten, indem sie sich vor der Wahl in breiten, äußerst heterogenen Bündnissen zusammenschlossen, nach der Wahl aber wieder getrennte Wege gingen. Die Folge waren Regierungen, die aus zahlreichen Parteien bestanden, wobei selbst die kleinste von ihnen äußerst mächtig war, denn ein Koalitionsaustritt führte unmittelbar

zum Mehrheitsverlust. Der Regierungschef war folglich jederzeit politisch erpressbar. Die Mitte-links-Regierungen waren besonders disparat und fragil. Im Januar 2008 zerbrach deshalb schließlich auch Prodis Koalition aus Kommunisten, Grünen, Sozialisten, Sozialdemokraten, links-liberalen Katholiken, konservativen Zentristen und Wirtschaftsliberalen. Das „italienische Rätsel“, wie man endlich mehr Stabilität schaffen kann, stand wieder ganz oben auf der Tagesordnung.

Nachdem Staatspräsident Giorgio Napolitano und der von ihm nach dem Rücktritt Prodis im Januar 2008 mit der Regierungsbildung beauftragte Senatspräsident Franco Marini kein Gehör bei den Parteien der Opposition für das Projekt gefunden hatten, das Wahlrecht erneut zu ändern und die seit Jahren erfolglos diskutierten Reformen des politisch-institutionellen Systems in einer „Großen Koalition des nationalen Interesses“ endlich Wirklichkeit werden zu lassen, stellten vorgezogene Neuwahlen den einzigen Ausweg aus der politischen Krise dar. Berlusconi lehnte – vor dem Hintergrund hervorragender Umfragewerte – jede Form der Zusammenarbeit ab. Er wollte Neuwahlen ... und er bekam sie.

Rückblende 2: Die Regierung Prodi 2006–2008

Betrachtet man nur Zahlen und Daten, so fällt die Regierungsbilanz Prodis nicht wirklich schlecht aus – in jedem Falle deutlich besser als die seines langjährigen Kontrahenten Berlusconi, in dessen Amtszeit 2001-2006 das Bruttoinlandprodukt (BIP) bei durchschnittlich 0,7% Zuwachs nahezu stagnierte. Der von der Mehrheit der Italiener/innen nie gutgeheißene Einsatz im Irak, den Berlusconi im Zuge der Annäherung an die USA seinerzeit hatte im Parlament beschließen lassen, wurde von der Mitte-links-Regierung rasch beendet und mit dem geräuschlosen Abzug der italienischen Truppen ein zentrales Wahlversprechen eingelöst.

Italien gewann zudem unter Prodi an verloren gegangener internationaler Reputation zurück. So hatte Italien an der erfolgreichen Ratspräsidentschaft Deutschlands und der Vorbereitung des EU-Vertrages von Lissabon seinen Anteil. Von Berlusconi zerschlagenes diplomatisches Porzellan wurde wieder geklebt. Innenpolitisch setzte die Mitte-links-Regierung durch effektivere Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht Zeichen, was zusätzliche Milliarden in die Staatskasse spülte. Neue Ansätze gab es auch in der Energiepolitik, etwa mit dem Aktionsplan für regenerative Energien und zur Reduzierung des Energieverbrauchs (um 9% bis 2016). Im Bereich des Verbraucherschutzes gab es ebenfalls Fortschritte, u.a. durch Liberalisierungen in den Sparten Mobilfunk, Versicherungen, Apotheken und Taxiunternehmen. Hinzu kommen Reformen zur Entbürokratisierung.

Die Neuverschuldung wurde 2007 auf 1,9% des BIP zurückgefahren, so dass der unter Berlusconi über Jahre gebrochene Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt erstmals wieder

eingehalten wurde. Auch die Gesamtverschuldung Italiens wurde leicht reduziert. Das Wirtschaftswachstum erreichte ein Zwischenhoch, die Exporte des Landes (achtgrößter Exporteur weltweit) kamen wieder ins Laufen und das Handelsbilanzdefizit wurde nahezu halbiert. Es erfolgten politische Maßnahmen in Höhe von rund 15 Mrd. Euro für untere Einkommensbezieher sowie kleine und mittelständische Betriebe.

Trotzdem konnten Arbeitslose und untere Einkommensbezieher nicht in dem Maße von der konjunkturellen Belebung profitieren, dass dies der Regierung positiv zugeschrieben werden konnte. Der kurzzeitige Aufschwung kam bei vielen Menschen angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten nicht an, und dies rief wachsenden Unmut hervor. Nach fünf Jahren Berlusconi waren die Erwartungen an das Mitte-links-Bündnis besonders groß. Statt des großen Wurfes verfolgte Prodi eine Politik der kleinen Schritte, bis zur Unkenntlichkeit klein. Sparen und Steuererhöhungen hier, kleinere finanzielle Erleichterungen dort. Eine wirtschafts-

und sozialpolitisch klare Linie blieb aus. Unter dem Strich ist die Steuerlast 2007 mit 43,3% des BIP die höchste in Italien seit 1997 gewesen. Bei vielen Bürgern überwiegt inzwischen ein Steuerverdruss, da kaum Gegenleistungen dafür sichtbar werden: Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung fehlen, Gesundheits- und Verkehrswesen liegen im westeuropäischen Maßstab ganz unten. Viele Menschen bangen um ihre Zukunft. Zwischen 6 und 8 Mio. Personen leben in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Die Universitäten gehen hier mit schlechtem Beispiel voran, denn dort ist miserabel entlohnte oder gar unbezahlte Arbeit keine Seltenheit. Bildung schützt nur sehr bedingt vor dem „Prekariat“. Die italienische Jugend sieht kaum Zukunftschancen für sich. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist enorm schwer und erfolgt meist erst in fortgeschrittenem Alter. Fast 70% der Stellen werden nach einer Untersuchung des Unternehmensverbandes *Confindustria* an Bekannte und Verwandte vergeben, die *raccomandazione*, die „Empfehlung“, dominiert die Realität und die viel gepriesene Meritokratie, in der Leistung über gesellschaftliches Fortkommen entscheiden soll, erweist sich – wie andernorts auch – häufig als Trugbild.

Italien zeigt sich zudem unverhältnismäßig wenig egalitär und die soziale Mobilität ist insgesamt gering. Der Gini-Koeffizient, der das Maß an Gleich- bzw. Ungleichverteilung von Einkommen angibt, verweist Italien unter den hoch entwickelten westlichen Industriestaaten auf den vorletzten Platz, gleichauf mit Großbritannien. Lediglich die USA liegen noch hinter Italien. Beim *Human Development Index* der Vereinten Nationen 2007/2008 lag Italien zwar auf Platz 20 (Deutschland auf 22), aber doch hinter vielen anderen EU-Staaten, wie etwa Irland, Schweden, Niederlande, Frankreich, Finnland, Spanien u.v.a.m. Dabei schrumpft Italiens gesellschaftliche Mitte weiter. Die unter Berlusconi forcierte Umverteilung zu Lasten abhängig Beschäftigter

Foto: AP



Romano Prodi und Angela Merkel: erfolgreiche Wiederannäherung in den deutsch-italienischen Beziehungen



www.partitodemocratico.it

**NON CAMBIATE
UN GOVERNO.
CAMBIATE
L'ITALIA.**



UN'ITALIA MODERNA. SI PUÒ FARE.



www.partitodemocratico.it

**NON PENSATE A
QUALE PARTITO.
PENSATE A
QUALE PAESE.**



UN'ITALIA MODERNA. SI PUÒ FARE.



www.partitodemocratico.it

**NON RIENTRATE
NEL CAOS.
VOLTATE PAGINA.**



UN'ITALIA MODERNA. SI PUÒ FARE.

Wahlwerbung des *Partito Democratico* mit Walter Veltroni. Die Aufforderungen Veltronis blieben ungehört:
 „IHR WECHSELT KEINE REGIERUNG AUS. IHR VERÄNDERT DAS LAND.“ – „DENKT DARAN: NICHT WELCHE PARTEI, SONDERN WELCHES LAND“ –
 „KEHRT NICHT ZURÜCK INS CHAOS. SCHLAGT EIN NEUES KAPITEL AUF.“

ist auch unter Mitte-links nicht gestoppt worden.

Zur Unentschlossenheit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik – zur Versteigerung des Wachstums wäre eine leicht expansive Finanzpolitik der bessere Weg gewesen – kamen eine Reihe problematischer Entscheidungen, falscher Prioritätensetzungen und Versäumnisse. Maßnahmen zur Neuordnung des Mediensektors wurden wieder nicht ergriffen, so dass Berlusconi's Interessenkonflikte nun wieder zum Problem werden. Das stattdessen zu Beginn der Legislaturperiode beschlossene Amnestiegesetz zur Leerung der überfüllten italienischen Gefängnisse (Strafminderung um drei Jahre) löste in der Bevölkerung Proteste aus und beschädigte das Ansehen des Ministerpräsidenten Prodi und seiner Regierung nachhaltig (dabei hatte Oppositionsführer Berlusconi Zugeständnisse auch bei der Wirtschaftskriminalität durchgesetzt). Weitere umstrittene Reformen folgten, welche die Koalition immer wieder auf harte Belastungsproben stellten, darunter das Gesetz zur rechtlichen Besserstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften.

Das Italien der Mitte-links-Koaliti-

onen der „Zweiten Republik“ ist ein hervorragendes Beispiel für die Veto-Spieler-Theorie. Danach ist die Möglichkeit der Änderung des Status quo erstens abhängig von der Zahl der möglichen Veto-Spieler (d.h. mit zunehmender Anzahl der Akteure schwindet die Chance auf Reformen), zweitens von ihrer Kongruenz (d.h. die inhaltliche Nähe oder Distanz in einzelnen Politikfeldern spielt eine Rolle) und drittens von ihrer Kohäsion (d.h. je homogener die Akteure in sich sind, desto stärker ist ihre Veto-Macht). Tatsächlich war die Akteurszahl mit 13 Parteien in der Regierung Prodi sehr groß, und dabei waren die Regierungsparteien aufgrund ihrer geringen Größe und starken Personalisierung in sich stark geschlossen (d.h. große innerparteiliche Kohäsion) und entsprechend machtbewusst. Zugleich lagen die politischen Positionen zwischen dezidiert linken und liberal-konservativen Parteien weit auseinander (d.h. geringe Kongruenz innerhalb des Bündnisses). Entsprechend wenig erfolgreich war die Regierung.

All diese Faktoren bilden den Hintergrund für die schrittweise gesunkene

Popularität der Regierung Prodi. Konkreter Auslöser der Regierungskrise war dann schließlich, dass Justizminister Clemente Mastella, Vorsitzender der konservativ-christlichen 1%-Partei UDEUR, gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption und anderer Vergehen eingeleitet wurde, von seinem Amt zurücktrat und die Koalition verließ, so dass Prodi im Senat seine hauchdünne Mehrheit von nur zwei Stimmen verlor.

Das Wahlrecht – eine komplizierte Angelegenheit

Das bei den Wahlen 2008 angewandte Wahlrecht ist das Ergebnis einer einsamen Entscheidung des Mitte-rechts-Bündnisses unter dem Regierungschef Silvio Berlusconi. Er ließ kurz vor den Wahlen 2006 das bis dahin geltende Mehrheitswahlrecht in ein Verhältniswahlrecht mit Mehrheitskomponente überführen. Dieses Wahlgesetz ist aufgrund seiner Komplexität intransparent und schon allein deshalb wenig demokratisch. Vor allem aber kehrt es den Willen der Bevölkerung um, die 1993 in einer Volksabstimmung ja gerade das

Ende des Verhältniswahlrechtes beschlossen hatte. Die Änderung des Wahlgesetzes diente dazu, einer etwaigen Mitte-links-Regierung mit knappen Mehrheiten das Leben so schwer wie irgend möglich zu machen. Diese Rechnung ist aufgegangen. Roberto Calderoli, der das Wahlgesetz als „Reformminister“ der Regierung Berlusconi zu verantworten hatte, spricht selbst feixend von seinem eigenen Gesetz als „Sauerei“.

Das Wahlrechtssystem (siehe unten) ist in seiner Wirkungsweise in mehrfacher Hinsicht problematisch: Zum einen kann es zu unterschiedlichen Mehrheiten in beiden Kammern kommen, was fatal ist, da diese in ihren Kompetenzen gleichberechtigt sind, so dass eine vollkommene Blockade möglich ist. Zum anderen führt das System zu knappen Mehrheiten im Senat, was zur Folge hat, dass es selbst bei politisch identischen Konstellationen bei der Kammern zu einer Machtverlagerung in den Senat kommt, wobei dann dort wiederum die Senatoren auf Le-

benszeit zum Zünglein an der Waage werden können, was unter Demokratie-Aspekten problematisch ist, da sie nicht gewählt werden (ehemalige Staatspräsidenten und bis zu fünf verdiente Persönlichkeiten, die vom Staatspräsidenten ernannt werden).

Ein drittes Problem ist die andauernde Fragmentierung des Parteiensystems. Die Zersplitterung, die in der Zweiten Republik nochmals größer ist als in der Ersten, war auch bei den Wahlen 2006 ungebrochen, weil durch das Schmieden breiter Wahlallianzen die Sperrklauseln leicht übersprungen werden konnten.

Nun stellt sich die Frage, warum die Regierung Prodi das Wahlrecht nicht erneut geändert hat. Die Antwort ist einfach: Die Mini-Parteien seiner Koalition hätten mit dafür sorgen müssen, dass ihr Einzug ins Parlament in Zukunft nicht mehr möglich gewesen wäre bzw. sie per Fusion in anderen, größeren Parteien hätten aufgehen müssen, was diese aber ablehnten – ein klassisches Reformparadoxon. Alternativ

dazu wäre die Reform im Rahmen einer als Übergangsregierung konzipierten Großen Koalition möglich gewesen: zwischen der 2007 gegründeten „Demokratischen Partei“ auf der linken Seite und Berlusconis 2008 ins Leben gerufenem „Volk der Freiheiten“ auf der rechten Seite. Berlusconi lehnte dies jedoch ab.

Das Parteiensystem der Zweiten Republik war bislang geprägt von Abspaltungen, Neugründungen, Umbenennungen und einzelnen Fusionen, bei ungebrochenem Recycling der Politiker: *pantha rhei* – alles fließt. Dazu trägt auch ein historisch tief verwurzelter Partikularismus in der italienischen Gesellschaft bei, der ein guter Resonanzboden für Klientelpolitik ist.

Bis zur Wahl 2008 waren Viele bereit, Miniatur- und Ein-Personen- bzw. monothematische Parteien zu wählen. Für die Parteien war das ein einträgliches Geschäft. Sie erhalten im Rahmen der Wahlkampfkostenerstattung einen Euro pro Wähler jährlich ab 1% Stimmenanteil, und zwar hochgerechnet auf die Zahl der Wahlberechtigten (ca. 47 Mio.), nicht auf die tatsächlich abgegebenen Stimmen, selbst dann, wenn kein einziger Abgeordneter ins Parlament kommt. Italien hat europaweit die üppigsten Abgeordnetendiäten, das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ ist nach Wahrnehmung der Bürger allerdings äußerst schlecht. Privilegien und ständige Korruptionsaffären rücken die politische Klasse, die seit einem Enthüllungsbestseller im Jahr 2007 nur noch als „Kaste“ bezeichnet wird, in ein mehr als zweifelhaftes Licht.

Nach dem historischen Umbruch von 1993 schien am Beginn des Jahres 2008 ein neuer Tiefpunkt erreicht. Die deutsche „Lichtenstein-Affäre“ – von der im Übrigen auch 4.000 italienische Staatsbürger betroffen sind – ist ein Beispiel für Verhältnisse, die in Italien gehäuft auftreten und seit Jahrzehnten am Staatswesen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nagen. Die Ironie dabei: Berlusconi hat während seiner Amtszeiten die Fortschreibung der

Das Wahlsystem in Italien

Das italienische Parlament besteht aus zwei Kammern: Abgeordnetenkammer und Senat. Das geltende Wahlrecht bestimmt, dass die Sitzverteilung in der Abgeordnetenkammer zwar nach dem Proporzsystem erfolgt, aber die stärkste Partei oder Koalition einen Bonus erhält, der ihr automatisch 340 von 630 Sitzen beschert. Die übrigen Sitze werden proportional auf die restlichen Parteien und Koalitionen verteilt. Im Senat, der auf regionaler Basis gewählt wird, wird die Mehrheitsprämie so verteilt, dass 55% der für jede einzelne Region vorgesehenen Sitze (je nach Einwohnerzahl zwischen zwei und 47) an diejenige Partei oder Koalition gehen, die die relative Mehrheit erzielt hat. Aufgrund des regionalen Verteilungsmodus (insgesamt 20 Regionen) ist eine Mehrheit im Senat nicht garantiert (insgesamt 315 Sitze plus sieben Senatoren auf Lebenszeit). Hinzu kommen Sperrklauseln. In der Abgeordnetenkammer gelten folgende Hürden: 4% für allein antretende Parteien, 10% für Koalitionen, 2% für Parteien innerhalb von Koalitionen, wobei jedoch unter den Parteien mit weniger als 2% Stimmenanteil noch diejenige berücksichtigt wird, welche die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Im Senat gelten folgende Hürden mit jeweils regionaler Betrachtung: 8% für allein antretende Parteien, 20% für Koalitionen und 3% für Parteien innerhalb von Wahlbündnissen. Das Ganze wird ergänzt um Mandatsregelungen für den so genannten Auslandwahlkreis, der 13 Sitze für die im Ausland lebenden Italiener bereit hält. Alles ganz einfach... oder?



Satire zum Problem vorbestrafter Politiker in der Partei „Volk der Freiheiten“: „Das Volk der Straffreiheit: Berlusconi Präsident“

Privilegien konsequent betrieben und nicht gerade dazu beigetragen, ein neues Klima der Legalität zu schaffen.

Grundprobleme Italiens

Die Liste der Probleme Italiens ist nicht auf die Themen Wahlrecht, Parteien und politische Kultur beschränkt. Zwar hat sich seit dem Ende der Ersten Republik einiges bewegt, viele entscheidende Reformen stehen jedoch noch aus, wie z. B. die Novellierung der Finanzverfassung und die Reform der Justiz, ferner eine Parlamentsreform so-

wie Verfassungsreformen. Hier ist besonders die Umgestaltung des Senats geboten, um diesen zu einer vermittelnden Schnittstelle zwischen nationaler (föderaler) Ebene und Regionen zu machen, nachdem letztere durch die Verfassungsreform 2001 politisch stark aufgewertet wurden. Zugleich kämpft die Wirtschaft seit Jahren mit Umstrukturierungsproblemen, die öffentliche Daseinsvorsorge ist mancherorts prekär, der Umgang mit Einwanderung ohne Linie, Gewalt im öffentlichen Raum – etwa bei Fußballspielen – nimmt zu, die Korruption feiert ebenso wie die organisierte Kriminalität fröhliche Urstände.

Alte soziale, kollektive Identitäten lösen sich auf, aber nur vereinzelt treten territoriale Identitäten an deren Stelle, während in Rom ein Regieren im permanenten Ausnahmezustand praktiziert wird, wozu u. a. der ständige Gebrauch der Vertrauensfrage durch den Regierungschef zählt. Derweil sind die Umweltprobleme so gravierend, dass Italien im April 2008 von der EU wegen



Wahlwerbung von Berlusconis Bündnis Popolo della Libertà (Volk der Freiheiten): „Die Linke hat Italien in die Knie gezwungen: Italien, steh wieder auf!“

der Verzögerung bei der Umsetzung der Umweltrichtlinien zu Strafzahlungen verurteilt wurde. Die Umweltzerstörung könnte sich noch stärker als bisher auch auf den Tourismus, einer der wichtigen Wirtschaftssektoren Italiens, auswirken. Italien ist weltweit im Ranking der beliebtesten Touristenziele von Platz 1 in den 1980er Jahren inzwischen auf Platz 5 abgerutscht.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für Investitionen und Reformen sind zurzeit jedoch äußerst ungünstig. Für das erste Quartal 2008 konstatierte die Europäische Kommission für Italien ein Wachstum von gerade einmal 0,1%. 2007 wuchs das BIP noch um 1,5%, 2006 um 1,8%. Zugleich ist die Inflation mit über 3% so hoch wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Wie in Deutschland, so sind auch in Italien nicht nur Brennstoffe, sondern auch Grundnahrungsmittel sehr viel teurer geworden, hinzu kommt eine drastische Steigerung bei den Gebühren für öffentliche Dienstleistungen. Die in den 1990er Jahren eingeleiteten Privatisierungen brachten nicht die ver-

Mafia, Camorra, 'Ndrangheta und Sacra Corona Unita

Bei der organisierten Kriminalität und ihrer Bekämpfung ist zu differenzieren: So hat der Staat im Kampf gegen die sizilianische Mafia durchaus Erfolge zu verbuchen. Seit Mitte 2007 gelang es der Polizei, hochrangige Mafia-Vertreter festzunehmen. Im Frühjahr 2006 war nach mehr als 40 Jahren der Mafia-Boss Bernardo Provenzano inhaftiert worden, der 1993 nach dessen Ergreifung auf Totò Riina gefolgt war, Auftraggeber der Morde an den Mafia-Anklägern Giovanni Falcone und Paolo Borsellino. Im Februar 2008 beschlagnahmte die italienische Polizei Sach- und Geldvermögen führender Mafiosi in Höhe von 150 Mio. Euro und nahm Salvatore Lo Piccolo fest, Nachfolger Bernardo Provenzanos. Auf der anderen Seite ist die neapolitanische Camorra ungebrochen aktiv und die kalabrische 'Ndrangheta dehnt sich immer weiter aus. Das hat ein Anfang 2008 von der zuständigen Anti-Mafia-Kommission des italienischen Parlaments vorgelegter Bericht offenbart. Danach besitzt die 'Ndrangheta – anders als die sizilianische Mafia – eine der Al Quaida ähnliche, kapillare Organisationsstruktur autonomer Einheiten ('Ndrine), die inzwischen nicht nur in Kalabrien verbreitet sind, sondern in ganz Italien wie auch im Ausland, insbesondere in Australien und Deutschland. Insofern darf auch eine Festnahme wie die von Pasquale Condello am 18. Februar 2008, Chef der 'Ndrangheta, nicht überbewertet werden. Die Sacra Corona Unita in Apulien sorgt für vergleichsweise geringes Aufsehen, stellt aber ebenfalls ein massives Problem dar.

sprochene Konkurrenz und die davon wiederum erhofften Preissenkungen. Vielfach wurden staatliche Monopole schlicht durch private Oligopole ersetzt, sei es im Telekommunikations- oder im Energiesektor. Der private Konsum fällt vor dem Hintergrund niedriger Lohnsteigerungen seit Jahren gering aus. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt inzwischen 13% unter dem EU-Durchschnitt. Nach Angaben des Statistikamtes Istat kommen 19% der Haushalte nicht mehr mit ihrem Einkommen bis an das Monatsende, die private Verschuldung der unteren Einkommensbezieher wächst infolge dessen stetig.

Die ungebrochen hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die mit 1,6 Billionen Euro (103,4% des BIP, EU-Referenzwert: 60%) höher als in Deutschland ausfällt (1,49 Billionen Euro, 67,5% des BIP), verengt die wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielräume. Die Gefahr einer Rezession oder gar einer Stagflation (Inflation bei gleichzeitigem Wachstumsstillstand) steht im Raum. Die im europäischen Vergleich recht gute Arbeitslosenquote von 6,8% im Jahr 2006 (EU-27: 8,2%; EU-15: 7,8%) könnte sich dementsprechend rasch wieder verschlechtern und zur Abwärtsspirale beitragen. Dabei gibt es unverändert einen Nord-Süd-Dualismus: Während in den Regionen Trentino-Südtirol, Aosta, Friaul-Julisch Venetien, Emilia-Romagna und Lombardei nahezu Vollbeschäftigung herrscht, ist die Lage in Süditalien mit Erwerbslosenquoten bis zu 20% desaströs. Die Langzeit- ist ebenso wie die Jugendarbeitslosigkeit (bis zu 40%) im EU-Vergleich sehr hoch.

Wahlkampf im Zeichen des Wandels: Change we can believe in?

Ähnlich wie die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008 standen auch die italienischen Parlamentswahlen in verschiedener Hinsicht für den Wechsel, zumindest rhetorisch: Walter Veltroni, nach dem Rücktritt Prodis die Leitfigur der noch jungen Demokratischen Partei

(Partito Democratico/PD), propagierte den Wandel („*cambiamento, cambiare*“). Italien müsse sich, so der ehemalige Bürgermeister Roms, endlich entscheiden, ob es ein normales europäisches Land werden oder so weitermachen wolle wie in den vergangenen 15 Jahren. Ohne umwälzende Veränderungen sei Italien unweigerlich auf dem Weg in den Verfall. Doch auch Berlusconi versuchte, auf der Wahlkampfklaviatur dieses Register zu spielen und sich als Erneuerer zu stilisieren.

Trotz der Rede vom „Wandel“ verlief der Wahlkampf unspektakulär. Es dominierten innenpolitische Themen, wobei große Kontroversen ausblieben. Nach Jahren extremer Polarisierung pflegte Veltroni einen ruhigen Stil. Berlusconi dagegen schwang erneut die anachronistische „Anti-Kommunismus-Keule“ und versuchte sich in beständiger Provokation. In diesem Kontext forderte er im Falle seines Wahlsieges gar Staatspräsident Giorgio Napolitano zum Rücktritt auf und zieh dessen Vorgänger Carlo Azeglio Ciampi ebenfalls der Parteilichkeit für die Linke.

Programmatisch gab es eine ganze Reihe von Überschneidungen zwischen

Berlusconi und Veltroni. Überschneidungen, die so groß waren, dass sich die beiden Kontrahenten gegenseitig des Plagiats bezichtigten und in der Öffentlichkeit bereits das Wort vom „*Veltrusconismo*“ ging. Tatsächlich setzten beide Programme maßgeblich auf Steuersenkungen, wobei sich Berlusconi im Endspurt des Wahlkampfes täglich selbst mit neuen Ankündigungen überbot: Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuern, Steuerfreiheit für Überstunden und das 13. Monatsgehalt, Abschaffung der Grundsteuer für das selbst genutzte Wohneigentum (ICI), Aussetzung der regionalen Wertschöpfungssteuer (IRAP), Reduzierung der Mehrwertsteuer im Tourismussektor, Wegfall der Kfz-Steuer sowie mehrjährige Steuerbefreiung für Jungunternehmer. Schließlich versprach er den Italienern, ihnen einmalig das Geschenk eines steuerfreien Monats zu machen: Berlusconis „Monat der Freiheit“. Da war er also wieder, der Populist Berlusconi.

Allerdings versprach er, anders als in all seinen vier Wahlkämpfen zuvor, diesmal keine Wunder. Er setzte alles unter einen Finanzierungsvorbehalt.

Wahlplakate der Lega Nord



„Verteidige deine Zukunft: raus mit den illegalen Einwanderern. Wähle Lega Nord“



„Weiter weg von Rom, näher bei Dir.“

Veltroni versprach seinerseits Senkungen bei der Einkommensteuer um jährlich 1%-Punkt für den Zeitraum 2009 bis 2011, kündigte besondere Entlastungen für untere und mittlere Einkommen an. Die Frage nach der Finanzierung all der Steuersenkungen beantwortete Berlusconi mit der konsequenten Veräußerung öffentlichen Eigentums, das er auf 700 Mrd. Euro bezifferte (Aktien, öffentliche Unternehmen, Immobilien, Kredite und Konzessionsrechte). Veltroni forderte statt einer Forcierung der Privatisierung die weitere Haushaltskonsolidierung durch Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen, insbesondere durch Ausgabenkürzungen im konsumtiven Bereich.

Auch in der Sozialpolitik wichen die Programme nicht gravierend voneinander ab, wenngleich das Programm der Demokraten etwas konkreter ausfiel. PD-Chef Veltroni propagierte die Beseitigung der Armut von Minderjährigen und eine Erhöhung der Geburtenrate, die zu den niedrigsten ganz Europas zählt. Im Fokus standen familienpolitische Maßnahmen, wie z.B. Steuerfreibeträge für das Erstgeborene von 2500 Euro jährlich, progressiv ausge-



Foto: AP

Klare Wahlniederlage: Ratlosigkeit bei Veltroni und seiner Demokratischen Partei

staltet für jedes weitere Kind. Ganztagsbetreuung in Grundschulen und Verbesserungen bei Krippenplätzen standen ebenfalls bei den Demokraten auf der Agenda. Berlusconis Partei machte sich für eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf typische Babyartikel stark und forderte ebenfalls einen „Baby Bonus“ in Höhe von 1000 Euro für jede Geburt. Darüber hinaus versuchte man in beiden Lagern, mit einer Erhöhung der Kleinstrenten zu punk-

ten. Berlusconi verkündete, jungen Menschen und Familien bei der Gründung eines eigenen Hausstandes helfen zu wollen und versprach Mietbeihilfen in Form einer partiellen Steuerabzugsfähigkeit von Mietzinsszahlungen für junge Paare. Hintergrund ist der Umstand, dass Mietwohnungen in Italien rar und deshalb teuer sind. Veltroni plädierte für ein soziales Wohnungsbauprogramm. Die Erhöhung des Anteils an Mietwohnungen stand dabei an erster Stelle, 700.000 neue Wohnungen zu erschwinglichen Preisen (300–500 Euro) sollten entstehen.

In der Südtalienpolitik gab es ebenfalls nur geringe Unterschiede, wirklich neue Ansätze waren nicht zu finden. In der Bildungspolitik hielten sich die Differenzen ebenso in Grenzen. Lediglich in der Arbeitsmarkt- und Energiepolitik differierten die Positionen. Während Veltroni vom Präkariat als „nationaler Tragödie“ sprach, negierte Berlusconi die Probleme junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt schlichtweg. Steueranreize für Unternehmen sollten nach Auffassung der Demokraten außerdem einen Mindestlohn von 1000 Euro netto gewährleisten. In der Energiepolitik plädierten beide für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, wobei dies bei Berlusconi vage blieb. Nach zwei Jahrzehnten kaum nennenswerter Debatte ist Berlusconi dagegen



„Weniger Steuern für Rom, mehr Geld in der Lohntüte.“



„Weniger Steuern für Rom, mehr Geld für unsere Straßen.“

offen für den Bau von Atomkraftwerken im bislang kernkraftfreien Italien (Referendum 1987) eingetreten. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik Berlusconi wie auch Veltronis ist angebotstheoretisch ausgerichtet. Beide setzen auf Wachstum durch unternehmensfreundliche Politik. Gesellschaftliche Verteilungsfragen spielen für Berlusconi trotz mancher Ankündigungen im Bereich der Sozialpolitik keine Rolle, für Veltroni sind sie eher zweitrangig, selbst wenn in seinem Wahlprogramm die zunehmende Ungleichheit als einer von vier Kernpunkten benannt wurde (außerdem: ökonomische Ineffizienz, geringe Chancen auf Selbstverwirklichung und geringe Qualität der Demokratie). Das entspricht der Grundausrichtung der Demokratischen Partei an der Idee einer Volkspartei der „linken Mitte“, deren Orientierungspunkte New Labour, die US-Demokraten oder Gerhard Schröders „Neue Mitte“ sind. Dem entspricht auch der Sprachgebrauch von „Teilhabe“ und „Inklusion“.

Angesichts fehlender inhaltlicher Bri-

sanz geriet schließlich die Frage, wer von beiden Kontrahenten letztlich eher für einen Neuanfang in Politik und Gesellschaft Italiens steht, zum zentralen Punkt der politischen Auseinandersetzung. Berlusconi stemmte sich mit Macht gegen das Image des Neuen, das Veltroni für sich beansprucht.

Der eigentliche Paukenschlag bei dieser Wahl war Veltronis Ankündigung am 16. Februar 2008 (konstituierende Versammlung des *Partito Democratico*), man wolle trotz des im geltenden Wahlrecht verankerten Mehrheitsbonus diesmal keine Listenverbindungen eingehen. Veltroni und seine Demokratische Partei, gegründet aus der katholisch-liberalen *Margherita* und den Linksdemokraten (*Democratici di Sinistra/DS*), trieb die anderen Parteien damit zum Zusammenschluss. Es entstand eine neue, zentripetale Dynamik, die Viele für unmöglich gehalten hatten. Obgleich Veltroni im weiteren Verlauf von dieser Ankündigung abwich, indem er zunächst mit Antonio Di Pietros Partei *Italia dei Valori* (Italien der



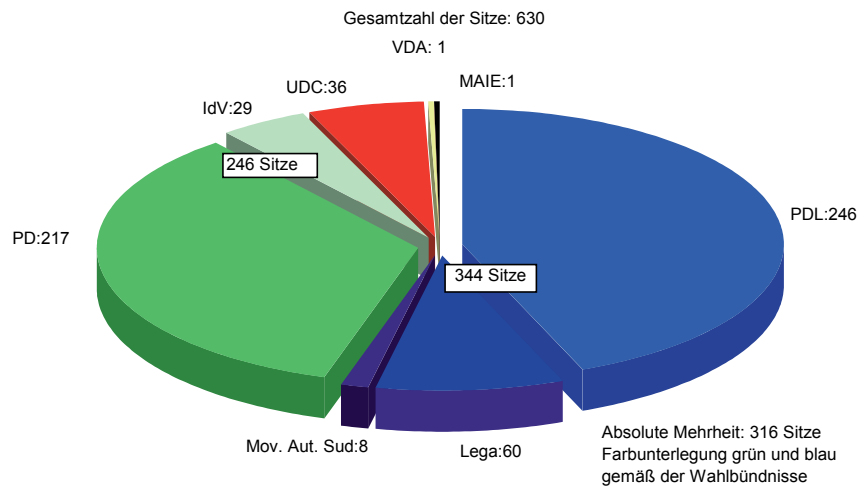
Antonio Di Pietro (Partei „Italien der Werte“): unverdrossener Kampf gegen Korruption und Privilegien

Tabelle 1: Wahlergebnisse der 30 Parteien bzw. Wahlbündnisse bei den Parlamentswahlen 2008

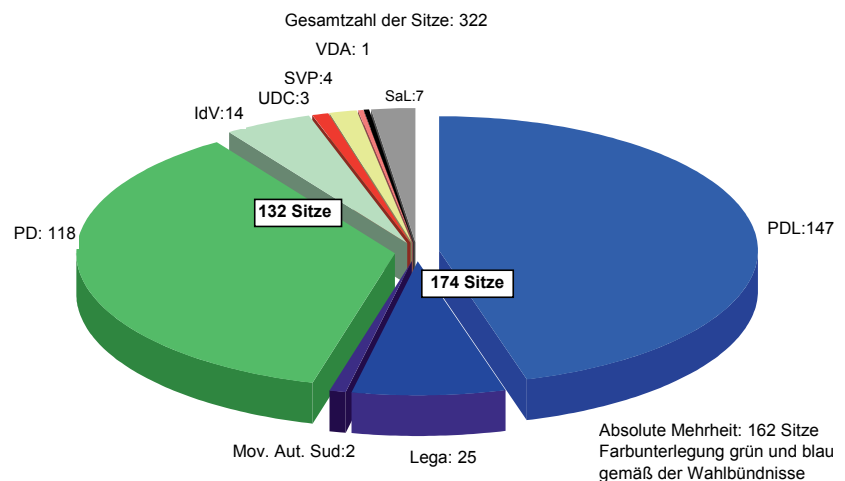
Partei/Wahlallianz	Stimmen in % Abgeordneten-kammer	Sitze	Stimmen in % Senat	Sitze
Popolo della Libertà (PDL)	37,39	276 (272 + 4AW*)	38,17	147 (144 + 3AW*)
Lega Nord (LN)	8,3	60	8,06	25
Movimento per l'Autonomia (Mpa)	1,13	8	1,08	2
Koalition Berlusconi insgesamt	46,81	344	47,32	174
Partito Democratico (PD)	33,17	217 (211 + 6AW*)	33,7	118 (116 + 2AW*)
Italia dei Valori (IdV)	4,37	29 (28 + 1AW*)	4,32	14
Koalition Veltroni insgesamt	37,54	246	38,01	132
Unione di Centro (UDC)	5,62	36	5,69	3
Südtiroler Volkspartei (SVP)	0,4	2		4
Autonomia libertà democrazia/ Valle d'Aosta		1		1
Movimento Associativo Italiani all'Estero	(AW: 8,25)	1 (AW*)	(AW: 7,45)	1 (AW*)
Sinistra Arcobaleno	3,08	---	3,21	---
La Destra	2,43	---	2,1	---
Partito Socialista	0,98	---	0,87	---
Sonstige (20 Parteien)	3,11	---	0,78	---
Gesamt	100	630	100	315+7 Senatoren auf Lebenszeit=322

* AW = Auslandswahlkreis

Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer nach den Wahlen vom 13./14. April 2008



Zusammensetzung des Senats nach den Wahlen vom 13./14. April 2008



PDL: Partito delle Libertà
Lega: Lega Nord
Mov. Aut. Sud: Movimento per l'Autonomia del Sud
PD: Partito Democratico
IdV: Italia dei Valori

UDC: Unione di Centro
SVP: Südtiroler Volkspartei
VDA: Valle d'Aosta
MAIE: Movimento Associativo Italiani all 'Estero
SaL: Senatoren auf Lebenszeit

Werte) paktierte (Di Pietro ist die Ikone der Aufdeckung des Schmiergeldstaates von 1993) und dann noch Kandidaten des *Partito Radicale* auf seine Wahlliste nahm, so setzte er letztlich doch neue Maßstäbe in der italienischen Politik. Statt aus zehn oder zwölf Partnern bestand Veltronis Koalition aus nur noch drei Akteuren. Das bedeutete auch die Trennung von den ehemaligen Alliierten des linken Parteienspektrums, den kommunistischen Parteien PRC (*Partito della Rifondazione Comunista*) und PdCI (*Partito dei Comunisti Italiani*) und den Grünen. Diese formierten sich daraufhin, gemeinsam mit der Gruppe *Sinistra Democratica*, die sich im Zuge der Gründung der Demokratischen Partei abgespalten hatte, als „Regenbogen-Linke“ (*Sinistra Arcobaleno*).

Berlusconi sah sich ob des mutigen Schrittes seines Kontrahenten Veltroni, mit der bisherigen politischen Kultur zu brechen, veranlasst, den Zusammenschluss seiner Partei *Forza Italia* mit der rechtskonservativen *Alleanza Nazionale* zu vollziehen und bei den Wahlen als *Popolo delle Libertà*/PDL (Volk der Freiheiten) anzutreten. Das Mitte-rechts-Lager setzte allerdings weiterhin auf eine breitere Wahlallianz. Zum einen mit der rechtspopulistischen und teilweise ausländerfeindlichen *Lega Nord*, die traditionell zur Koalition Berlusconi gehört, und zum anderen mit der noch jungen Autonomiebewegung im Süden des Landes (*Movimento per l'autonomia*). Überdies ließ Berlusconi auf seinen Listen eine Reihe von Politikern der Splitterparteien antreten. Eine Kooperation mit der rechtsextremen Partei *La Destra* (Die Rechte) kam dagegen nicht zustande. Die wesentliche Neuerung im Mitte-rechts-Lager war das Ausscheren der christdemokratischen UDC. Dabei offenbarten sich im Zuge der Konzentrationsbewegungen bereits im Wahlkampf Neuerungen hinsichtlich der medialen Aufmerksamkeit. Nicht in einer der beiden neuen Koalitionen auftretende Parteien, wie z.B. die Sozialisten, erhielten kaum mehr eine Platt-

form. Hier wurde die Strategie der Demokratischen Partei, auf eine größere Eigenständigkeit zu setzen, unmittelbar wirkungsmächtig.

Analyse der Wahlergebnisse vom April 2008

Das erste Ergebnis dieser Parlamentswahlen ist, dass die Politikverdrossenheit der letzten Monate sich zwar in der Wahlbeteiligung niedergeschlagen hat, der Rückgang aber nicht so dramatisch ausfiel, wie man angesichts der Umfragen erwartet hatte. Mit 80,5% lag die Beteiligung bei diesen Wahlen um 3,1% unter der Beteiligung von 2006 (83,6%).

Im europäischen Maßstab ist die Beteiligung allerdings noch immer sehr hoch, nur in Belgien, Frankreich und Schweden liegt sie höher. Bemerkenswert ist auch, dass die freien Wählergemeinschaften von Beppe Grillo, der mit seinen Blogs und Massenveranstaltungen zur Leitfigur des Protests gegen die Parteienherrschaft geworden ist, bei den Kommunal- und Regionalwahlen nicht über 2,5% hinausgekommen ist.

Berlusconi zurück an der Macht

Der Sieg Berlusconi war angesichts des Vorsprungs in den Umfragen allgemein erwartet worden. Die Deutlichkeit des



Das neue italienische Parteiensystem: ein System aus sechs Akteuren. Die Größe der Symbole drückt das ungefähre politische Gewicht, gemessen am Stimmenanteil, aus. Hinzu kommen als regionale Kräfte *Autonomia libertà democrazia/Valle d'Aosta*, die Südtiroler Volkspartei (SVP) und der *Movimento Associativo Italiani all'Estero* (Italiener im Auslandswahlkreis).

Erfolges überraschte dann aber letztlich doch. Die gleichzeitig durchgeführten Wahlen in Kommunen, Provinzen und zwei Regionen (Sizilien und Friaul-Julisch Venetien) brachten ebenfalls Ergebnisse zu Gunsten der Mitte-rechts-Parteien. Berlusconi profitierte vom wahrgenommenen Klima der Instabilität, zu dem er durch seine permanenten Angriffe auf die Rechtmäßigkeit der Regierung Prodi, auf den Staatspräsidenten und die Justiz maßgeblich selbst beigetragen hat. Diese Instabilität erzeugt Unsicherheit, welche zu beenden Berlusconi nun antrat. Sein nach wie vor ungelöster Konflikt zwischen Politik, Medien-sektor und unternehmerischen Interessen wird von vielen nicht als Problem, sondern vielmehr als Stabilität und Entscheidungsmacht verheißender Umstand wahrgenommen – und damit als Lösung der Probleme. Angesichts der Wirtschaftslage und der für viele enttäuschenden Politik der Mitte-links-Regierung sucht eine Mehrheit nun das Heil in der Rückkehr des „Systems Berlusconi“, das sich durch die Verteilung von Privilegien und Vergünstigungen auszeichnet und von dem nun Viele zu profitieren hoffen. Hinzu kommt, dass Berlusconi nach wie vor Projektionsfläche für unerfüllte Träume und Sehnsüchte von Millionen Italienern ist und Viele schlicht Angst vor einschneidenden Reformen haben. Das weithin zu hörende Argument einer schlecht, weil überproportional durch das Fernsehen informierten, konservativen und eigentlich unpolitischen Wählerschaft wird von der Wahlforschung nur teilweise bestä-

tigt. Gemeinsam haben die Wähler Berlusconi ihre starke Identifikation mit Berlusconi selbst, eine starke Bindung zum Katholizismus, ein eher geringes zivilgesellschaftliches Engagement, wenig politisches Interesse sowie eine latente Abneigung gegen Institutionen und langwierige demokratische Entscheidungsprozesse. Auffallend ist ferner eine große Zahl an Selbständigen und Personen mit traditionell antikommunistischer Einstellung.

Bei den Wahlen 2008 gehörten neben Unternehmern und Freiberuflern aber vor allem Arbeiter, Händler, Handwerker und Hausfrauen zu den Gruppen, die Berlusconi die größten Stimmenzuwächse bescherten. Auch bei den Akademikern war er diesmal sehr erfolgreich, um 10% erfolgreicher als die Demokratische Partei Veltronis. Den dürfte aber auch die klare Niederlage bei den Arbeitern geschmerzt haben. Gerade einmal 29,4% von ihnen wählten PD, während Berlusconi PDL 37% erreichte. Nur bei Angestellten und Studenten lag Veltroni vorn. Mit rund 47% der Stimmen in beiden Kammern ist der Sieg Berlusconi noch einmal 2% deutlicher ausgefallen als der von 2001, was insofern eindrucksvoll ist, als damals die UDC noch mit an Bord war. Berlusconi „Volk der Freiheiten“ liegt in der Abgeordneten-kammer mit 344 Sitzen um 28 Sitze über der absoluten Mehrheit von 316, klare Verhältnisse also. Im Senat hat er mit 174 von 322 Sitzen ebenfalls eine komfortable Mehrheit, die Regierungsfähigkeit scheint garantiert.

Bipolarismus, politische Stabilität und „neue Übersichtlichkeit“ des Parteiensystems

Das italienische Parteiensystem hat sich mit diesen Wahlen fundamental gewandelt. Die Veränderungen reichen in ihrer Tragweite an den Schmiergeldskandal von 1993 heran, denn die Unzahl an Parteien scheint Geschichte zu sein. Waren 2006 noch über 50 Parteien zu den Parlamentswahlen angetreten, so sind es 2008 nur noch etwa 30 gewesen. Noch wichtiger aber ist, dass sich die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien halbiert hat. Nachdem in der Legislaturperiode 2006-2008 in der Abgeordneten-kammer noch 13 und im Senat noch zwölf Parteien saßen, sind es jetzt noch sechs, lässt man die Regionalparteien des Aostatal und der Autonomen Provinz Bozen sowie die Vertretung der rund 2,8 Mio. im Ausland lebenden Italiener, die allesamt nur wenige Sitze haben, außer Acht. Trotz des Verhältniswahlrechts mit Mehrheitsprämie hat sich der Bipolarismus in Italien nach 15 Jahren wohl endgültig behauptet. Die Konzentrationsentwicklung im Parteienspektrum verweist auf die zentrale Bedeutung der politischen Kultur. Ohne eine Änderung derselben führen Wahlrechtsreformen nicht zum gewünschten Ergebnis, das macht das Beispiel Italien sehr deutlich.

Eingeleitet wurde dieser Wandel durch Veltronis Entscheidung, diesmal auf eigene Rechnung zu handeln. Die Wähler sind diesen Schritt mitgegangen, denn sie haben die Kleinstparteien



„Sie haben die Immigration durchlitten. Nun leben sie in Reservaten. Denk drüber nach!“



„Nein zum Ausländerwahlrecht. Wähle Lega Nord!“



„Padanier erwache! Mit der Lega Nord gegen das diebische Rom“

samt und sonders abgestraft. Keine von ihnen ist mehr im Parlament vertreten. Bislang waren Parteifusionen an der Urne stets bestraft worden. Profitiert hat von dieser neuen Entwicklung jedoch letzten Endes Silvio Berlusconi.

Betrachtet man die Gesamtstruktur, so ergibt sich im Moment ein aus drei Kräften bestehendes System: Berlusconis „Volk der Freiheiten“ auf der rechten Seite, die „Demokratische Partei“ auf der linken Seite und die christdemokratische Zentrumsparterie UDC in der Mitte. Es wäre allerdings voreilig zu glauben, das System sei damit konsolidiert. Gleichwohl haben die Wahlen 2008 wieder einmal gezeigt, dass Italien ein Land ist, in dem Reformen unendlich lange dauern können, das dann aber wiederum binnen kürzester Zeit Neuerungen aus sich heraus gebiert. Auch das ist Teil des italienischen Rätsels.

Kein Durchbruch für die Demokratische Partei von Walter Veltroni

Walter Veltroni hat angesichts der schwierigen Bedingungen, nämlich einer gerade erst gegründeten Partei, die sogleich vorgezogene Neuwahlen bestehen musste, ein achtbares Wahlergebnis erreicht – mehr aber auch nicht. Er erzielte exakt 0,9% mehr Stimmen als Prodis Olivenbaum-Bündnis (*Ulivo*) zwei Jahre zuvor. Obschon seine Anlei-

hen bei Barack Obama im Laufe des Wahlkampfes immer offensichtlicher wurden, war Veltroni damit nur sehr eingeschränkt erfolgreich. Dieser Rolle vermochte Berlusconi in den Augen vieler Wähler eher gerecht zu werden, trotz seines fortgeschrittenen Alters und seiner mäßigen Bilanz zweier Regierungen. Die Demokratische Partei erweckte jedoch noch nicht das Gefühl für etwas wirklich Neues. Daran vermochte auch die Tatsache, dass Veltroni per demokratischer „Urwahl“ Parteivorsitzender wurde, nichts zu ändern. Und dort, wo der *Partito Democratico* als neue Kraft wahrgenommen wurde, traute man ihm und Veltroni (noch?) nicht zu, dass sich daraus tatsächlich eine andere und vor allem im Alltag wirklich konkret erfahrbare Politik ergibt. Der Wandel im politischen Stil, so wichtig er für Italien ist, reicht offenbar vielen Wählern nicht aus. Veltroni hat es nicht vermocht, sich vom Schatten Prodis zu befreien. Dazu war auch seine Programmatik insgesamt zu wenig profiliert und in ihrer Anlage dem Programm Berlusconis zu ähnlich. Viele Italiener wählten statt der Kopie lieber das Original.

Aufgrund des Wahlsystems zog Veltroni zwar viele Stimmen der Regenbogen-Linken auf sich. Zugleich konnte er aber mit seiner „Politik der Mitte“ gerade nicht im Zentrum punkten.

Nichtwähler konnte Veltroni auch nur wenige an die Urne locken. Insofern ist die Strategie der Demokratischen Partei, durch Parteifusion eine große integrierende Kraft im Mitte-links-Spektrum zu schaffen, zwar richtig, die inhaltlich-programmatische Ausrichtung aber mehr als zweifelhaft, wenn man das Wahlergebnis betrachtet. 20% der Befragten, die der Wahl fern blieben, gaben als Grund für ihre Wahlenthaltung „Unzufriedenheit mit den Programmen“ an.

Wiedererstarben der „Lega Nord“

Neben Berlusconi gibt es einen zweiten Wahlsieger: die *Lega Nord*. Sie erreichte in ihren Hochburgen Venetien und Lombardei 26,1% bzw. 20,7% der Stimmen. In manchen Städten, z.B. Verona, Treviso oder Jesolo, erzielte sie über 30%. Zulauf erhielt die *Lega* wegen ihres regionalpatriotischen und zugleich unternehmerfreundlichen Kurses vor allem von Freiberuflern, Händlern, Industriellen und landwirtschaftlichen Großunternehmern. Ein Gutteil des Stimmenzuwachses resultiert aber auch aus Protestwählern. Bemerkenswert ist, dass etwa 8% derjenigen, die diesmal *Lega Nord* gewählt haben, vor zwei Jahren noch links gewählt hatten. Die *Lega* geriert sich erfolgreich als Anwalt der ökonomischen

Interessen des Nordens, ist zugleich aber Sammelbecken für Personen mit sozialen Abstiegsängsten angesichts wirtschaftlicher Globalisierung. Die Gruppe letzterer macht etwa 20% der Wählerschaft aus und zeigt xenophobe Haltungen. Man steht insbesondere im Nordosten Italiens in einem harten Standortwettbewerb und entsprechend wächst die Unzufriedenheit mit der dysfunktionalen Politik Roms, welche als hinderlich für die eigene Entwicklung interpretiert wird. Der Protest richtet sich vor allem gegen das wahrgenommene Missverhältnis von defizitären staatlichen Dienstleistungen und bestehender Steuerlast. Mehr noch als Berlusconis Steuersenkungsoffensive verfiel deshalb im Norden das erneut vehemente Eintreten der *Lega* für die Steuerautonomie der Regionen. Die erfolgreichen Maßnahmen der Regierung Prodi gegen Steuerhinterziehung wurden gerade dort, wo sich eine überdurchschnittlich große Anzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen befindet, nicht goutiert. Dabei verkennen viele Wähler offensichtlich, dass die versprochenen Steuererleichterungen Berlusconi und der *Lega* vielfach gerade die Regionen und Kommunen treffen werden, denn die Wertschöpfungssteuer IRAP und die Kfz-Steuer, die Berlusconi senken bzw. abschaffen möchte, gehören zu den Einnahmequellen der Regionen, die inzwischen tatsächlich bereits abgeschaffte Grundsteuer ICI steht den Kommunen zu.

Fragt man nach der zukünftigen Politik der Regierung Berlusconi, hilft ein Blick auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse (siehe Grafik Seite 65). Deutlich wird dabei, dass der Regierungschef im Senat abhängig ist von eben dieser Lega Nord, denn ohne sie verliert er seine Mehrheit. Noch am Wahlabend verlangte Lega-Chef Umberto Bossi nicht nur konsequente Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung, sondern auch die Einführung des „Fiskalföderalismus“. Dies dürfte eingedenk der ökonomischen

Foto: AP



Umberto Bossi (Lega Nord): Machtfaktor in Berlusconis Regierungskoalition

und sozialen Rückständigkeit Süditaliens zu massiven Konflikten führen.

Italien erstmals ohne parlamentarische Linke

Erstmals in der Geschichte der Republik Italien ist keine Partei des ganz linken politischen Spektrums mehr im Parlament vertreten. Der Einbruch der Regenbogen-Linken, die nur auf etwas über 3% der Stimmen kam und deshalb an den Sperrklauseln scheiterte, kommt einem politischen Erdbeben gleich in einem Land, das mit der KPI die stärkste kommunistische Kraft in Westeuropa hatte. Erklären lässt sich der Wählerschwund durch zwei Faktoren: Viele Stammwähler haben taktisch gewählt. Sie votierten aufgrund der bestehenden Mehrheitsprämie zu Gunsten der Partei bzw. Koalition mit den meisten Stimmen, welche damit automatisch zum Wahlsieger wird, für Veltroni. Die breite Kampagne Veltronis und Berlusconis, nicht für kleine Parteien zu stimmen, keine „Papierkorbstimmen“ zu produzieren (auch wegen der Sperrklauseln), verfiel gerade im linken Spektrum. Um Berlusconi als „das größere Übel“ zu verhindern, wählten viele Veltroni, selbst wenn sie dessen Politik nicht überzeugte. Der

zweite Faktor ist die Tatsache, dass viele linke Stammwähler den Gang ins Wahllokal aus Enttäuschung erst gar nicht mehr angetreten haben.

Anhaltende Zersplitterung der Christdemokratie

Auch die UDC unter Vorsitz von Pier Ferdinando Casini gehört zu den Wahlverlierern. Casini, der sich hartnäckig gegen den Bipolarismus stemmt und deshalb mit Berlusconi während der gemeinsamen Koalition 2001-2006 beständig im strategischen Dissens lag, muss nach dem Alleingang 2008 mit ansehen, wie er zwischen den beiden Polen eingeklemmt ist. Der politische Katholizismus bleibt in der Zweiten Republik über die Parteien hinweg verstreut. Ein christdemokratischer dritter Pol in der Mitte ist weiterhin Utopie.

Wenig personelle Erneuerung und politischer Rechtsruck

Eine personelle Runderneuerung haben die Wahlen 2008 nicht gebracht. Auch bleibt die Zahl der Frauen im Parlament weiterhin niedrig. Der Drehtüreffekt ist ebenfalls ungebrochen, d. h. Politiker scheiden irgendwo aus und kommen mit neuen Mandaten anderer Parteien zurück. Vor allem aber bedeuten die Parlamentswahlen 2008 einen Rechtsruck in Italien: Die Linke ist nicht mehr vertreten und in Berlusconis Koalition fehlen die christdemokratischen Zentristen der UDC, die 2001-2006 in manchen Fragen noch als Korrektiv fungiert hatten. Trotz des Versuchs Berlusconis, durch Kandidaturen bekennender Neofaschisten (Alessandra Mussolini oder der einflussreiche Verleger Giuseppe Ciarrapico), auch am ganz rechten Rand zu fischen, konnte die ebenfalls neu formierte Partei *La Destra* ihre Stimmenzahl etwa verdoppeln, selbst wenn das Ergebnis von 2,4% aufgrund der Sperrklauseln nicht für einen Einzug ins Parlament reichte.

Fazit und Ausblick

Die Italienforschung steht vor neuen Herausforderungen. Umfassende Analysen zur Zweiten Republik stehen noch aus. Klar ist aber bereits soviel: Die vorgezogenen Neuwahlen haben den Prozess der Veränderung des Parteiensystems enorm beschleunigt. Ein positives Zukunftsszenario im Sinne einer Balance aus Regierungsfähigkeit und angemessenem Abbild der Gesellschaft könnte so aussehen, dass sich tatsächlich fünf größere Strömungen herausbilden: Die „Demokratische Partei“ und die „Partei des Volkes der Freiheiten“ als bestimmende Antipoden, zudem rechts die *Lega Nord*, links eine weitere Kraft aus der gescheiterten „Regenbogen-Linken“ und in der Mitte eine christdemokratische Zentrumsparterie (UDC). Möglicherweise kommt es aber auch längerfristig zu einer Annäherung zwischen Veltronis Demokraten und der UDC oder zu einer Integration der übrig gebliebenen Linken mit Veltroni, so dass sich Italien doch noch zu einem echten Zweiparteiensystem hin entwickelt. Das ist allerdings Zukunftsmusik. Gleichwohl ist die Konzentrationsentwicklung eindrucksvoll: Konnten die drei größten Parteien bei den Wahlen 2006 lediglich 53,5% der Stimmen auf sich vereinigen, waren es 2008 bereits rund 79%.

Wie stabil die gerade geschlossenen Bündnisse sein werden, ist offen, der Rückfall in alten Partikularismus nicht auszuschließen. Das Risiko, dass nach heterogenen Wahlbündnissen nun heterogene Parteien mit heftigen Flügelkämpfen entstehen, ist nicht eben gering, selbst wenn es tatsächlich zu den angekündigten Parteifusionen kommt. Ob der italienische Spaltpilz tatsächlich besiegt ist, ist also fraglich. Dass wichtige Schritte auf dem Transformationsweg, der mit dem Ende der Ersten Republik 1993 begann, gemacht sind, ist dagegen unbestreitbar.

Italien steht dennoch vor schwierigen Zeiten. Sollte sich die Konjunktur weiter abkühlen, dürfte auch Berlusconi

mit seiner Regierung in schweres Fahrwasser geraten. Er polarisiert die Italiener/innen nach wie vor. Sollte er weder auf die parlamentarische Opposition zugehen noch auf diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die ihm ablehnend gegenüber stehen, wäre dies für den inneren Frieden des Landes und jedwede Reformabsicht nicht förderlich. Dies gilt umso mehr, als die Linke nunmehr keine Stimme mehr im Parlament hat. Berlusconis Ankündigung, sich Margaret Thatcher zum Vorbild für seine dritte Amtszeit zu nehmen, lässt eher eine konflikt- als konsensorientierte Politik befürchten. Auch Veltroni ist in dieser Frage gefordert. Er müsste auf seine ehemaligen Partner des linken Spektrums zugehen, ebenso wie auf die sozialen Gruppen in der Zivilgesellschaft.

Das Regieren wird für Berlusconi nicht leicht, auch wenn das Bündnis durch das Fehlen der UDC etwas weniger heterogen ist als 2001–2006. Er befindet sich innerkoalitionär wie innerparteilich in einer Art Zangensituation. Seine Hochburgen insbesondere der Nordwesten und Sizilien könnten nämlich verschiedener nicht sein: Während im Norden nach Verbesserung der inneren Sicherheit gerufen wird, Steuer-senkungen verlangt und Liberalisie-

rungsforderungen erhoben werden, erhoffen sich die Wähler im Süden eher einen starken Staat, der sozialpolitisch umverteilt und den rückständigen *Mezzogiorno* durch massive öffentliche Investitionen verstärkt fördert. Die Interessen der *Lega Nord* stehen dem entgegen, während die Anhänger von *Finis Alleanza Nazionale* als zweiter Säule des „Volkes der Freiheiten“ wiederum eher im Süden zuhause sind. Italiens weiterer Weg darf mit Spannung beobachtet werden. Nur ein Teil des Rätsels ist gelöst. Deshalb Vorhang auf für den nächsten Akt ... •

LITERATUR

- Dickie, J.: *Cosa nostra. Die Geschichte der Mafia*, Frankfurt a.M. 2007.
- Diamanti, I.: *Bianco, rosso, verde ... e azzurro*, Bologna 2003.
- Rizzo, S./Stella, G.A.: *La casta. Così i politici italiani sono diventati intoccabili*, Milano 2007.
- Saviano, R.: *Gomorrha. Reise in das Reich der Camorra*, München 2007.
- Tsebelis, G.: *Decision Making in Political Systems*, in: *British Journal of Political Science* 25, 1995, S. 289–325.



Prof. Dr. Alexander Grasse

Institut für Politikwissenschaft

Karl-Glöckner-Straße 21 E

35394 Gießen

Telefon: 0641 9923090

E-Mail: alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de

Alexander Grasse, Jahrgang 1968, Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Italianistik, Lehre und Forschung an den Universitäten Milano Statale, Padova, Bologna, North Carolina State und Gießen; seit September 2007 Professor für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen mit dem Schwerpunkt „Politik und Wirtschaft im Mehrebenensystem“. Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Steuerungs- und Modernisierungspolitik, Multi-level Governance und Demokratisierung (insbesondere EU, Föderalismus und Regionen), vergleichende Systemanalyse, Italien-Studien. Clemens Brentano-Preis 2007 in Politikwissenschaft (Deutsch-Italienisches Hochschulinstitut).